



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol, Claudia Köhler, Tim Pargent, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Andreas Krahl, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Potenzialanalyse für die Immobilien Freistaat Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, für den Staatsbetrieb „Immobilien Freistaat Bayern“ (IMBY) eine Potenzialanalyse vorzulegen, die aufzeigt, welche staatlichen Liegenschaften für Wohnungsneubau oder Wohnungsumbau genutzt werden könnten und dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen sowie dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr mündlich und schriftlich darüber zu berichten.

Begründung:

Bayern braucht jährlich 70.000 neue Wohnungen. Vor allem bezahlbare Mietwohnungen sind rar. Einer der limitierenden Faktoren für ausreichenden Neubau ist der Mangel an Bauland. Dabei ist der Freistaat selbst Grundstückseigentümer und damit ein wichtiger Akteur auf dem Immobilienmarkt. Die Immobilien Freistaat Bayern ist als kaufmännisch eingerichteter Staatsbetrieb gemäß Art. 26 Bayerische Haushaltsordnung (BayHO) Teil der Staatsverwaltung des Freistaates Bayern. Als solcher ist sie als Dienstleistungsunternehmen des Freistaates Bayern zuständig für die Verwaltung der landeseigenen Immobilien. Doch das Immobilienmanagement weist Defizite auf.

Der Bayerische Oberste Rechnungshof (ORH) kommt in seinem aktuellen Jahresbericht zu dem Ergebnis, dass Nutzung, Wert und weitere wichtige Kennzahlen zu den staatlichen Grundstücken nicht vollständig erfasst sind. Zudem liegen keine Kennzahlen zur Steuerung und Optimierung des staatlichen Immobilienportfolios vor. Damit fehlt die Grundlage für das erfolgreiche und nachhaltige Bewirtschaften der staatlichen Immobilien als größte Vermögensposition des Freistaates. Auch an der Bewirtschaftung und Verwertung von Nachlassimmobilien liegen laut ORH enorme Defizite vor.

Das öffentliche Eigentum an Grund und Boden ist der Schlüssel für Gemeinwohl und sozialen Zusammenhalt. Im Kampf gegen steigende Mieten und Verdrängung sind Liegenschaften der öffentlichen Hand Gold wert. Im Hinblick auf den eklatanten Wohnraummangel in bayerischen Ballungsräumen sollte die Immobilien Freistaat Bayern eine gemeinwohlorientierte und nachhaltige Liegenschaftspolitik verfolgen. Deshalb müssen das staatliche Immobilienportfolio und die Potenziale für den Wohnungsbau umfassend erfasst und analysiert werden.